

Der britisch/pakistanische Historiker Tariq Ali zieht ein kritisches Resümee der bisherigen Außenpolitik Obamas.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 199/10 – 13.10.10**

Ein neues Gesicht, aber der alte Imperialismus

Von Tariq Ali

theage.com.au, 06.10.10

(<http://www.theage.com.au/opinion/politics/new-face-same-imperialism-20101005-16612.html>)

Nach all der Hoffnung und dem Wirbel spiegelt die Außenpolitik Obamas nur die schmutzigen Bush-Jahre wider.



Digitale Metamorphose: Matt Davidson

Die Wahl eines afroamerikanischen Demokraten zum Präsidenten, von dem man sich versprach, dass er die in der US-Gesellschaft immer noch schwärenden Wunden heilen und den (lädierten) Ruf der USA im Ausland wieder herstellen werde, rief eine Welle politischer Begeisterung hervor, wie man sie seit den Tagen Kennedys nicht mehr erlebt hatte. Das schändliche republikanische Zwischenspiel der Prahlerie und der Kriminalität schien zu Ende zu sein. Viele glaubten, nur George Bush und Dick Cheney hätten mit der Kontinuität weltoffener US-Regierungen gebrochen, die dem Land im Kalten Kalten Krieg und danach so nützlich war. Von Barack Obama erwartete man, dass er sie wieder herstellen würde.

Selten haben sich aus Eigennutz geschaffene Legenden oder leichtfertig gewährte Vorschusslorbeeren so schnell aufgebraucht wie diesmal. Es hat nämlich überhaupt kein grundsätzlicher Wandel in der Außenpolitik stattgefunden, seit das Bush-Regime durch das Obama-Regime abgelöst wurde. Die strategischen Zielsetzungen und Verhaltensweisen des US-Imperiums wurden ebenso beibehalten, wie die Hauptschlachtfelder und die Operationsformen.

Obamas Kuschen vor Israel wurde schon vor seinem Amtsantritt deutlich. Als die israelischen Streitkräfte am 27. Dezember 2008 in der Luft und auf dem Boden einen Großangriff auf die Bevölkerung des Gaza-Streifens starteten und das Land 22 Tage lang ohne Unterbrechung bombardierend, brennend und mordend verwüsteten, äußerte der damals bereits gewählte Präsident kein Wort der Missbilligung. Wohl nach vorheriger Absprache

brach Tel Aviv seinen Blitzkrieg erst am 20. Januar 2009 wenige Stunden vor Obamas Amtseinführung ab, um ihm die Party nicht zu verderben.

Sofort nach seinem Amtsantritt ermahnte Obama wie die US-Präsidenten vor ihm die beiden leidgeprüften Völker im Heiligen Land, endlich Frieden zu schließen, und wie alle seine Vorgänger forderte er die Palästinenser auf, Israel anzuerkennen, und verlangte von Israel, den Siedlungsbau in den Gebieten einzustellen, die es sich 1967 angeeignet hatte. Noch in der Woche nach Obamas Rede in Kairo, in der er seine Opposition gegen weitere (israelische) Ansiedlungen ankündigte, setzte die regierende Netanjahu-Koalition die Landnahme in Ostjerusalem ungestraft fort.

Obama musste seine Aufmerksamkeit erst den imperialistischen Kriegsschauplätzen weiter östlich zuwenden. Während seines politischen Aufstiegs hatte Obama im Jahr 2002 als wenig bekannter Senator aus Illinois einmal gegen den Angriff auf den Irak gestimmt; damit ging er kein großes politisches Risiko ein. Seine erste Amtshandlung nach seiner Wahl zum Präsidenten war dann aber die Weiterbeschäftigung von Bushs Verteidigungsminister Robert Gates – des langjährigen CIA-Funktionärs und Veteranen der Iran-Kontra-Affäre – im Pentagon. Ein deutlicheres und demonstrativeres Zeichen der (von ihm beabsichtigten) politischen Kontinuität hätte er kaum setzen können.

Vor seiner Wahl versprach Obama den Abzug aller "US-Kampftruppen" aus dem Irak innerhalb von 16 Monaten nach seinem Amtsantritt, also vor Anfang Mai 2010 – mit der Rückversicherungsklausel, dass dieses Versprechen im Licht aktueller Ereignissen "korrigiert" werden könne. Das wurde es dann auch prompt.

Bezüglich des Iraks drängt sich der unbehagliche Gedanke auf, dass der irakische Widerstand, der noch bis vor kurzem in der Lage war, der US-Militärmaschinerie so großen Schaden zuzufügen, nach seinen schweren Verlusten und der Abspaltung wichtiger Segmente nur den richtigen Augenblick abwarten wird, um Rache an den Kollaborateuren zu nehmen, wenn auch die restlichen US-Truppen abziehen sollten. Um gegen diese Gefahr gewappnet zu sein, hat Washington vorgesorgt, indem es an die alten Kreuzfahrer-Burgen erinnernde, aber viel gewaltigere und bedrohlichere Festungen errichtete.

In Bezug auf den Iran ließ Obama seine (angeblichen) Pläne für eine großartige Versöhnung zwischen den beiden Staaten ganz schnell fallen. Die Kehrtwende wurde auch durch die (mit US-Unterstützung inszenierte) politische Polarisierung im Iran erleichtert. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP06610_080310.pdf) Für Obama war die Gelegenheit für eine ideologische Neupositionierung so gut, dass er sie nicht auslassen konnte. Bei einem unvergleichlich scheinheiligen Auftritt beklagte er mit vor Kummer feuchten Augen den (wahrscheinlich ebenfalls inszenierten) Tod einer Demonstrantin in Teheran, während seine Drohnen am gleichen Tag in Pakistan 60 Dorfbewohner auslöschten – überwiegend Frauen und Kinder. (s. dazu auch "Gerhard Wisnewski über den Fall Neda und dessen Beziehungsgeflecht", <http://www.arbeiterfotografie.com/iran/index-iran-0000.html>)

Die Regierung des Demokraten Obama ist jetzt völlig auf die Linie ihres Vorgängers Bush eingeschwenkt und hofft mit Unterstützung Russlands und Chinas – in bereitwilligem Einvernehmen mit der Europäischen Union – den Iran durch eine Wirtschaftsblockade so unter Druck setzen zu können, dass dessen oberster (religiöser) Führer (Ayatollah Khomeini) entweder gestürzt oder zum Einlenken gezwungen wird.

Von Palästina über den Irak bis zum Iran hat sich auch Obama als treuer Diener des US-Imperiums erwiesen, der mit einer verbindlicheren Rhetorik aber mit den gleichen Mitteln

die gleichen Ziele wie sein Vorgänger verfolgt. In Afghanistan ist er sogar noch weiter gegangen; dort hat er die imperialistische Aggression durch die Eskalation der Gewalt – sowohl technologisch als auch territorial – sogar noch ausgeweitet.

Als Obama sein Amt antrat, war Afghanistan bereits seit mehr als sieben Jahren von Streitkräften der USA und ihrer Satelliten besetzt. Schon während seines Wahlkampfes hatte er versprochen, diesen "gerechten Krieg" noch härter als Bush zu führen und angekündigt, den afghanischen Widerstand mit mehr Truppen und Feuerkraft brechen und seine Unterstützer in Pakistan mit mehr Bodenoperationen und Drohnen-Angriffen ausrotten zu wollen. Dieses Versprechen hat er gehalten.

In einer Meldung, welche die NEW YORK TIMES taktvoll als Statistik ankündigte, "die das Weiße Haus noch nicht veröffentlicht hat", informierte sie ihre Leser darüber, dass "die CIA seit Obamas Amtsantritt mehr Angriffe mit Predator-Drohnen auf pakistanisches Gebiet durchgeführt hat als während der gesamten achtjährigen Regierungszeit Bushs.

In dem verzweifelten Bemühen, in seinem "gerechten Krieg" doch noch einem Sieg vermelden zu können, hat Obama zusätzliche Truppen nach Afghanistan entsandt und den Krieg auf das benachbarte Pakistan ausgeweitet, weil es angeblich den Feind unterstützt. Er ließ sogar ankündigen, Pakistan und Afghanistan würden künftig als einheitlicher Kriegsschauplatz "AfPak" behandelt.

Wenn es noch eines bildhaften Nachweises dafür bedurft hätte, dass die Kontinuität der US-Außenpolitik von allen US-Regierungen gewahrt wird, und dass die Versuche einiger Abwiegler, die Bushes-Cheney-Jahre als schlimme Ausnahme von der Regel darzustellen, unberechtigt waren, dann hat Obamas Verhalten diesen Nachweis geliefert. Von einem Ende des Mittleren Ostens bis zum anderen ist als einzige wichtige Änderung, die unter Obama eingetreten ist, nur eine weitere Eskalation des Krieges gegen "den Terror" – oder "das Böse", wie er lieber sagt – zu verzeichnen, wobei er mit dem Jemen bereits ein weiteres Ziel ins Auge gefasst hat.

Es wäre aber ein Fehler, anzunehmen, dass sich überhaupt nichts geändert hat. Keine Regierung gleicht einer anderen aufs Haar, und jeder Präsident drückt der US-Politik seinen eigenen Stempel auf. Faktisch hat sich das imperialistische Machtstreben der USA unter Obama kaum merklich verändert. Aber propagandistisch wurde es enorm verbessert. (Mit seinen Reden) in Kairo, in (der US-Militärakademie) Westpoint und (bei der Verleihung des Friedensnobelpreises) in Oslo, hat Obama der Welt eine erhebende Moralpredigt nach der anderen gehalten und ihr von dem dringenden Bedürfnis der USA vorgeschwärmt, die Menschheit in Ehrfurcht und mit einem Gefühl für Verantwortung voran zu bringen.

Diese Heuchelei wird noch so lange weitergehen, bis auch die genug davon haben, die jetzt noch danach lechzen.

Tariq Ali ist ein in London lebender Historiker, Autor und politischer Aktivist (pakistanischer Herkunft), der sich zur Zeit in Australien aufhält, weil er in der Adelaide University die Erinnerungsvorlesung des Jahres 2010 für Edward Saïd (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Edward_Saïd) halten wird (s. <http://www.adelaide.edu.au/esml/>). Er spricht auch Im City Conference Center in Melbourne.

(Wir haben den lesenswerten Artikel komplett übersetzt und mit einigen Ergänzungen und Links in Klammern versehen, Weitere Informationen über den Autor sind aufzurufen unter http://de.wikipedia.org/wiki/Tariq_Ali . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

New face, same imperialism

Tariq Ali

October 6, 2010

After all the hope and hype, Obama's foreign policy mirrors the ugliness of the Bush years.

The election to the presidency of a mixed-race Democrat, vowing to heal America's wounds at home and restore its reputation abroad, was greeted with a wave of ideological euphoria not seen since the days of Kennedy. The shameful interlude of Republican swagger and criminality was over. George Bush and Dick Cheney had broken the continuity of a multilateral American leadership that had served the country well throughout the Cold War and after. Barack Obama would now restore it.

Rarely has self-interested mythology - or well-meaning gullibility - been more quickly exposed. There was no fundamental break in foreign policy between the Bush and Obama regimes. The strategic goals and imperatives of the US imperium remain the same, as do its principal theatres and means of operation.

Advertisement: Story continues below

Obama's line towards Israel would be manifest even before he took office. On December 27, 2008, the Israeli Defence Forces launched an all-out air and ground assault on the population of Gaza. Bombing, burning, killing continued without interruption for 22 days, during which time the president-elect uttered not a syllable of reproof. By pre-arrangement, Tel Aviv called off its blitz a few hours before his inauguration on January 20, 2009, not to spoil the party.

Once installed, Obama called, like every US president, for peace between the two suffering peoples of the Holy Land, and again, like every predecessor, for Palestinians to recognise Israel and for Israel to stop its settlements in the territories it seized in 1967. Within a week of the President's speech in Cairo pledging opposition to further settlements, the governing Netanyahu coalition was extending Jewish properties in East Jerusalem with impunity.

However, war-zones further east have the first call on imperial attention. In 2002, on his way up the political ladder as a low-profile state senator in Illinois, Obama opposed the attack on Iraq; it was politically inexpensive to do so. By the time he was elected President, his first act was to maintain Bush's Defence Secretary, Robert Gates, long-time CIA functionary and veteran of the Iran-Contra affair, in the Pentagon. A cruder and more demonstrative signal of political continuity could hardly have been conceived.

Before his election, Obama promised a withdrawal of all US "combat" troops from Iraq within 16 months of his taking office, that is, by May 2010 - with a safety clause that the pledge could be "refined" in the light of events. It promptly was.

There persists the uneasy thought that the Iraqi resistance, capable of inflicting such damage on the US military machine only yesterday, might just be biding its time after its heavy losses and the defection of an important segment, and could still visit havoc on the collaborators tomorrow, should the US pull out altogether. To ensure against any such danger, Washington has put down markers in the modern equivalents - vastly larger and more hideous - of the Crusader fortresses of old.

As for Iran, schemes for a grand reconciliation between the two states had to be set aside. The calculation was upset by political polarisation in Iran itself. For Obama, the opportunity for ideological posturing was too great to resist. In a peerless display of sanctimony, he lamented with moist-eyed grief the death of a demonstrator killed in Tehran on the same day his drones wiped out 60 villagers, most of them women and children, in Pakistan.

The Democratic administration has now reverted to the line of its predecessor, attempting to corral Russia and China - European acquiescence can be taken for granted - into an economic blockade of Iran, in the hope of so strangling the country that the Supreme Leader will either be overthrown or obliged to come to terms.

From Palestine through Iraq to Iran, Obama has acted as just another steward of the US empire, pursuing the same aims as his predecessors, with the same means but with a more emollient rhetoric. In Afghanistan, he has gone further, widening the front of imperial aggression with a major escalation of violence, both technological and territorial.

When he took office, Afghanistan had already been occupied by US and satellite forces for more than seven years. During his election campaign, Obama - determined to outdo Bush in prosecuting a "just war" - pledged more troops and fire-power to crush the Afghan resistance, and more ground intrusions and drone attacks in Pakistan to burn out support for it across the border. This is one promise he has kept.

In what The New York Times delicately described as a "statistic that the White House has not advertised", it has informed its readers that "since Mr Obama came to office, the Central Intelligence Agency has mounted more Predator drone strikes into Pakistan than during Mr Bush's eight years in office".

Desperate to claim victory in a self-chosen "just war", Obama has dispatched a still larger expeditionary force, expanding the war to a neighbouring country where the enemy is suspected of finding succour. It was announced that Pakistan and Afghanistan would henceforward be treated as an integrated war-zone: "Afpak".

If a textbook illustration were needed of the continuity of American foreign policy across administrations, and the futility of so many softheaded attempts to treat the Bush-Cheney years as exceptional rather than essentially conventional, Obama's conduct has provided it. From one end of the Middle East to the other, the only significant material change he has brought is a further escalation of the War on Terror - or "Evil", as he prefers to call it - with Yemen now being seen as the next target.

Still, it would be a mistake to think that nothing has changed. No administration is exactly like any other, and each president leaves a stamp on his own. Substantively, vanishingly little of US imperial dominion has altered under Obama. But propagandistically, there has been a significant upgrade. In Cairo, at West Point, at Oslo, the world has been treated to one uplifting homily after another, to describe America's glowing mission in the world, and modest avowal of awe and sense of responsibility in carrying it forward.

Cant still goes a long way to satisfy those who yearn for it.

Tariq Ali is a London-based historian, writer and political campaigner who is in Australia to deliver the 2010 Edward Said Memorial Lecture at Adelaide University. He will be speaking in Melbourne tonight at the Melbourne City Conference Centre.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern